Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Montag, 8. Oktober 2012
Ausgabe 191
muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Meldungen **3**
› Jährliche Beseitigungsaktion von Schrotträdern 3
› Info-Point „Engagiert leben in München“ 4
› Bauzentrum: Informationen über Bauabnahme und Gewährleistung 5
› Rosa von Praunheim im Filmmuseum 5
› Kurs „Einstieg in die Internetwelt“ 6
Antworten auf Stadtratsanfragen **7**
› Informationskampagne über k.o.-Tropfen an Münchner Schulen 7
› Die Rathausmehrheit aus SPD und Grüne schwächt die Seniorenvertretung 10
› München ergreift die Initiative für die Unterzeichnung der UN-Konvention gegen Korruption 12
› Übergriffe gegen Polizisten – Situation in München 13
› Geschändetes Kriegerdenkmal in der Forstenrieder Allee 15
› Das Ende des Regenbogens befördern – kein „Pink Christmas“-Weihnachtsmarkt 2012! 17
› Wohnungssituation 2010 und 2011: Zentrale Fragen 18
› Bombenschäden in Schwabing – die Rechnung geht an Uncle Sam 20
› „Sichere Intelligente Mobilität“ SIMTD – interessant für München? 22
› 2.500 Fliegerbomben im Münchner Untergrund – müssen wir damit leben? 24

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat **26**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Dienstag, 9. Oktober, 11 Uhr, Augustiner am Platzl, Orlandostraße 5
Präsentation und Ehrung des Siegers des Wettbewerbs „Bayerischer Stammtischbruder 2012". Oberbürgermeister Christian Ude hält die Laudatio. Mit diesem Preis würdigt der Verein zum Erhalt der bayerischen Wirtshauskultur e.V. (VEBWK) eine Persönlichkeit, die sich um den Erhalt der bayerischen Wirtshauskultur in hohem Maße verdient gemacht hat.

Wiederholung mit neuer Uhrzeit
Dienstag, 9. Oktober, 16 Uhr,
ICM – Internationales Congress Center München
Oberbürgermeister Christian Ude spricht Grußworte zum 59. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe (DGGG), der vom 9. bis 13. Oktober stattfindet.

Wiederholung
Dienstag, 9. Oktober, 18 Uhr, Saal des Alten Rathauses
Oberbürgermeister Christian Ude empfängt Angehörige der Münchner Polizei und Sicherheitsdienste.

Mittwoch, 10. Oktober, 16 Uhr,
Krumbadstraße 21 - 25 (Innenhof), München
Stadträtin Heide Rieke (SPD) spricht in Vertretung des Oberbürgermeisters Grußworte anlässlich der Fertigstellung von vier Bauabschnitten in der Maikäfersiedlung. Weitere Reden halten die GWG-Geschäftsführer Hans-Otto Kraus und Dietmar Bock. In der Maikäfersiedlung entstanden durch Modernisierung, Aufstockung und Neubau insgesamt 141 frei finanzierte und geförderte neue Wohnungen.
Der Termin ist auch für Fotografen geeignet.

Donnerstag, 11. Oktober, 17 Uhr, Saal des Alten Rathauses
Bürgermeister Hep Monatzeder spricht Grußworte bei der Übergabe der Ökoprofit-Auszeichnungen 2012 der Landeshauptstadt München. Der Referent für Arbeit und Wirtschaft, Dieter Reiter, und der Stellvertreter des Referenten für Gesundheit und Umwelt, Gerhard Hafenbrädl, überreichen in einer Feierstunde die Auszeichnungen und bilanzieren die Effekte des betrieblichen Umweltberatungsprogramms für Wirtschaftlichkeit und Umwelt. Ökoprofit (Ökologisches Projekt für Integrierte Um-

welttechnik) wird vom Referat für Arbeit und Wirtschaft sowie dem Referat für Gesundheit und Umwelt betreut. An der Staffel 2011/2012 nahmen 65 Betriebe und Einrichtungen erfolgreich teil.

Donnerstag, 11. Oktober, 19 Uhr, Münchner Kammerspiele
Oberbürgermeister Christian Ude spricht zum 100-jährigen Jubiläum der Münchner Kammerspiele.

Meldungen

Jährliche Beseitigungsaktion von Schrotträdern
(8.10.2012) Das Baureferat führt auch dieses Jahr wieder in Zusammenarbeit mit der Polizei eine stadtweite Schrottrad-Beseitigungsaktion vom 15. bis 26. Oktober durch. Alle Bürgerinnen und Bürger werden deshalb gebeten, das Baureferat dabei zu unterstützen und schon vorher ihre ausrangierten Fahrräder oder Fahrradteile aus den öffentlichen Fahrradständern, von Verkehrszeichen oder Ampel- beziehungsweise Beleuchtungsmasten etc. zu entfernen und in den städtischen Wertstoffhöfen zu entsorgen.
Der Radverkehr in München hat in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen. Leider hat sich – als negative Begleiterscheinung dieser erfreulichen Entwicklung – mit Zunahme des Radverkehrs auch die Anzahl an Schrotträdern erhöht, die besonders an neuralgischen Punkten wie U-Bahn-Stationen und anderen öffentlichen Fahrradabstellanlagen abgestellt werden. Diese Räder bieten einen unerfreulichen Anblick und nehmen anderen Radfahrerinnen und Radfahrern die Möglichkeit, die Abstellanlagen zu nutzen. Rechtlich zulässig ist die Beseitigung von eindeutig als Schrott erkennbaren Rädern oder Fahrradteilen. Diese erfolgt in Zusammenarbeit mit der jeweiligen Polizeiinspektion. Darüber hinaus lässt die Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte derzeit lediglich zu, dass Fahrräder, die in grob sicherheitsgefährdender oder verkehrsbehindernder Weise abgestellt sind, entfernt werden dürfen. Im Rahmen dieser Aktion konnten letztes Jahr stadtweit insgesamt 1.534 Schrotträder entfernt werden.
Achtung Redaktionen: Für Medienvertreter besteht die Möglichkeit, die Aktion am Montag, 15. Oktober, ab 9 Uhr am Sendlinger-Tor-Platz (im Bereich der Hausnummer 5) zu filmen beziehungsweise zu fotografieren.

Info-Point „Engagiert leben in München“

(8.10.2012) Bürgerinnen und Bürger, die sich im Oktober über Möglichkeiten des ehrenamtlichen Engagements in München informieren möchten, sind zum Info-Point „Engagiert leben in München“ am Mittwoch, 10. Oktober, von 11 bis 18 Uhr Mittwoch in der Stadt-Information im Rathaus eingeladen. Vormittags und nachmittags sind jeweils zwei Organisationen vor Ort.

Von 11 bis 14.30 Uhr präsentieren sich:

- Caritas-f-net: Das Caritas-f-net ist der Verbund der fünf Freiwilligen-Zentren des Caritasverbands der Erzdiözese München und Freising e.V. Es berät und unterstützt Bürgerinnen und Bürger, die sich für ein bürgerschaftliches Engagement in München interessieren. Die Freiwilligen werden entsprechend ihrer Wünsche und Fähigkeiten an ortsnahe Einrichtungen und Dienste aus den unterschiedlichsten Bereichen vermittelt. Ebenso beraten und qualifizieren die Freiwilligen-Zentren Einrichtungen, die Freiwillige einsetzen wollen. Jedes Freiwilligen-Zentrum hat einen inhaltlichen Schwerpunkt. Kontakt: Yvonne Möller, Telefon 92 00 46 30, *www.caritas-f-net.de*
- Christophorus Hospiz Verein e.V.: Der Umgang mit einer unheilbaren Erkrankung, mit Sterben, Tod und Trauer gehört unbestritten zu den größten Herausforderungen des Lebens. Wer möchte das Hospiz durch sein freiwilliges Engagement dabei unterstützen, Menschen in einer solchen Lebenssituation nicht alleine zu lassen? Kontakt: Ulla Wohlleben, Telefon 13 07 87-24, info@chv.org

Von 14.30 bis 18 Uhr informieren:

- Betreuungsdienst „Zu Hause gesund werden“: Der Betreuungsdienst vermittelt ehrenamtliche Helferinnen kurzfristig für einen oder mehrere Tage an berufstätige oder in Ausbildung befindliche Eltern kranker und genesender Kinder. Die Helferinnen kümmern sich für drei bis maximal acht Stunden pro Tag in der familiären Wohnung um das kranke Kind und erhalten dafür eine Aufwandsentschädigung. Kontakt: Marlies Tremmel, Telefon 2 90 44 78, info@zu-hause-gesund-werden.de
- Stiftung Gute-Tat: Die Stiftung ist ein Freiwilligen-Netzwerk für kurzzeitiges, gezieltes Engagement in gemeinnützigen Projekten und Einrichtungen. Gefördert werden die spontane und individuelle Hilfe von Mensch zu Mensch. Die Stiftung berät und vermittelt freiwillige Helferinnen und Helfer jeden Alters und Berufs. Kontakt: Petra Bauer-Wolfram, Telefon 45 47 50 04, p.bauer-wolfram@gute-tat.de, *www.gute-tat.de*

Freiwilliges Engagement macht Spaß, bildet weiter, macht Sinn und unterstützt eine solidarische Gemeinschaft. Siehe auch im Internet unter: *www.foebe-muenchen.de.* Der nächste Termin des Münchner Info-Points: 7. November

Bauzentrum: Informationen über Bauabnahme und Gewährleistung
(8.10.2012) Die Abnahme ist der krönende Abschluss jeder Baumaßnahme. Mit ihr wird aus der einstigen Baustelle letztlich auch offiziell eine Wohnung. Das hat viele Konsequenzen in praktischer und rechtlicher Hinsicht. Was Bauherren oder Käuferinnen und Käufer wissen sollten, damit bei der Abnahme und in der Gewährleistungszeit ihre Belange gewahrt bleiben, berichten Anwalt Peter Kremer vom Bauherrenschutzbund e.V. (BSB) und Architekt und Bauherrenberater Andreas May am Mittwoch, 10. Oktober, ab 18 Uhr im Bauzentrum München. Der Eintritt zu dem Vortrag, bei dem auch auf individuelle Fragen eingegangen wird, ist frei.
Das Bauzentrum München befindet sich in der Messestadt Riem an der Willy-Brandt-Allee 10 (U2, Haltestelle Messestadt West, von dort nur fünf Gehminuten; mit der S2 bis Haltestelle Riem, dort umsteigen in Bus 190 bis Messestadt West; mit dem Auto über die A94, Ausfahrt München-Riem oder Feldkirchen-West, Parkhaus direkt hinter dem Bauzentrum München). Internet: *www.muenchen.de/bauzentrum*, Telefon: 54 63 66-0, E-Mail: bauzentrum.rgu@muenchen.de.

Rosa von Praunheim im Filmmuseum
(8.10.2012) Rosa von Praunheim, Filmemacher, Provokateur und Wegbereiter der Schwulenbewegung, feiert am 25. November seinen 70. Geburtstag. Grund genug für ihn, 70 neue Filme zu drehen und sie sich und seinem Publikum zu schenken. Vom 2. bis 4. November laufen alle 70 Filme an einem Wochenende im Filmmuseum im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1 (Premiere haben die Filme vom 23. bis 28. Oktober bei den 46. Hofer Filmtagen).
Die einzelnen Filme lassen ein facettenreiches Kaleidoskop aus Porträts, Lebens- und Sittenbildern entstehen, schräg, komisch, tragisch, bewegend – und immer aus der unmittelbaren Sicht Rosa von Praunheims. Seine Themen sind starke Frauen, starke Schwule, sensible Heteros, Erotik und Transgender.
Achtung Redaktionen: Das Filmmuseum lädt am Donnerstag, 11. Oktober, um 11 Uhr im Filmmuseum München zu einer Pressekonferenz ein. Gezeigt wird ein 20-minütiger Trailer der 70 Filme. Rosa von Praunheim ist anwesend und steht für Interviews zur Verfügung. Heinz Badewitz, Leiter der Hofer Filmtage, stellt Schwerpunkte aus dem Programm vor.

Für weitere Fragen stehen Claudia Engelhardt, Veranstaltung Filmmuseum, Telefon 2 33-2 05 38, claudia.engelhardt@muenchen.de, Christos Acrivulis, Projekt 70 Filme, Telefon 01 77-7 94 10 79, acrivulis@70filme.de, und Ana Radica, Hofer Filmtage, Telefon 2 36 61 20, *www.70filme.de*, AnaRadica@ana-radica-presse.com, zur Verfügung.

Kurs „Einstieg in die Internetwelt"

(8.10.2012) Mit Beginn des Wintersemesters starten wieder die Info-Veranstaltungen der Reihe „aperitif" in Kooperation der Münchner Volkshochschule (MVHS) und der Münchner Stadtbibliothek Sendling. Den Anfang macht der Kurs „Einstieg in die Internetwelt". Am Donnerstag, 11. Oktober, von 16 bis 17.30 Uhr in der Volkshochschule Süd, Albert-Roßhaupter-Straße 8, führt Rainer Schiller in einfachen, gut nachvollziehbaren Schritten in die weite Welt des Internets ein. Was ist das Internet? Wofür kann man es nutzen und wie? Die Einsteigerinnen und Einsteiger erhalten in dem Kurs einen Überblick zu den wichtigsten Säulen des Internets und erfahren außerdem, wie sie diese Kenntnisse noch vertiefen und erweitern können. Der Eintritt kostet 10 Euro, die Anmeldung erfolgt über die Volkshochschule Süd, Telefon 74 74 85 20 (Kursnummer JS 8018). Kontakt: Nadine Paulitschke, Telefon 74 63 51-33, nadine.paulitschke@muenchen.de

Antworten auf Stadtratsanfragen

Montag, 8. Oktober 2012

Informationskampagne über k.o.-Tropfen an Münchner Schulen
Antrag Stadträtinnen Lydia Dietrich und Sabine Krieger (Bündnis 90/Die Grünen) vom 22.3.212

Antwort Stadtschulrat Reiner Schweppe:

Nach § 60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist. Der Inhalt Ihres Antrages betrifft jedoch eine laufende Angelegenheit, deren Besorgung nach Art. 37 Abs. 1 GO und § 22 GeschO dem Oberbürgermeister obliegt. Eine beschlussmäßige Behandlung der Angelegenheit im Stadtrat ist daher rechtlich nicht möglich.

Sie haben in Ihrem Antrag gefordert, dass das Referat für Bildung und Sport zusammen mit dem Jugendamt eine Kampagne zum Thema „K.o.-Tropfen" durchführt. Zielgruppe sollten Schülerinnen und Schüler an den Münchner Schulen sein.
Sie führen aus, dass nach Aussagen von Schülerinnen und Schülern aus Berufsschulen die Verabreichung von K.o.-Tropfen zunimmt und dass in den Schulen das Thema nicht angesprochen wird. Die SchülerInnen haben wenig Wissen über die Wirkungsweise von K.o.-Tropfen und es wird von Seiten der Schulen sehr wenig über die Gefahren und Schutzmechanismen aufgeklärt.

Zu Ihrem Antrag können wir Ihnen folgendes mitteilen:

Das Referat für Bildung und Sport begrüßt die Durchführung einer Informationskampagne an Münchner Schulen. Genderaspekte spielen bei dieser Thematik eine wesentliche Rolle und sollten – neben den Gedanken der Prävention und Nachhaltigkeit – im Fokus bei der Konzipierung und Umsetzung der Kampagne stehen.

Im Rahmen der Umsetzung der Kampagne müssen die Schulen selbstverständlich mit eingebunden werden, da diese in ihrer eigenständigen pädagogischen Verantwortung selbst entscheiden, wann und wie sie solche

Projekte und Angebote konkret im Unterricht oder in der Schule einbringen.

Im **Berufsschulbereich** wären mehrere Möglichkeiten der Umsetzung denkbar:

1. Eine Informationskampagne
2. Die Ausarbeitung von Unterrichtseinheiten, die in den Fächern Religion und Ethik behandelt werden können. (Lehrplanthemen: Aggression, Gewalt, Gewaltlosigkeit, Verantwortung, Verantwortliche Partnerschaften usw.)
3. Im Zusammenhang mit der an unseren Schulen stattfindenden Projekten zur Schülerinnen- und Schülergesundheit kann dieses Thema in Gesundheitszirkeln bearbeitet werden.

An **Städtischen Gymnasien** wird das Thema Suchtproblematik in der Präventionsarbeit und im Unterricht bereits behandelt, beispielsweise:

- im Rahmen der Suchtprävention: Schulpsycholog/inn/en, Mädchenbeauftragte und/oder Suchtpräventionsbeauftragte klären die Schüler/innen hinsichtlich der Gefahren auf – speziell in der Faschingszeit und während des Oktoberfestes wird hier gezielt präventive Arbeit geleistet
- im Rahmen des Lehrplans Biologie stehen z.B. in B 9.2 „Suchtgefahren und Gesundheit“ in der Jahrgangsstufe 9 sachbezogene Informationen und Stärkung der Schülerpersönlichkeit im Mittelpunkt der Suchtvorbeugung, in Jahrgangsstufe 11 in B 11.3 „Neuronale Informationsverarbeitung“ wie durch Drogen und Pharmaka neuro-physiologische Prozesse beeinflusst werden
- im Rahmen des Religions- und Ethikunterrichts findet sich das Thema in bestimmten Inhalten des Lehrplans wieder, beispielsweise in der 7. Jahrgangsstufe in „Gefährdungen durch unerfüllte Sehnsüchte“ und „Formen der Abhängigkeit von Alltagsdrogen“ oder in der 8., 9. und in Teilen auch in der 10. Jahrgangsstufe bei der Behandlung über Gefahren von Alkohol, Rauchen u.a.

Insgesamt wird seitens der Fachabteilungen des RBS die Unterstützung des Lehrpersonals durch Referentinnen/Referenten, durch Fortbildungen und durch Unterrichts- bzw. Informationsmaterialien für notwendig erachtet.

Aus Sicht des Stadtjugendamtes und des Pädagogischen Instituts sollte primär die Zielgruppe der Kampagne die Altersstufe der 15 bis 16-jährigen Mädchen und Jungen ansprechen.

Seitens des Jugendamtes wurde noch darauf hingewiesen, dass bereits bestehende und erfolgreiche Angebote an Münchner Schulen (hier z.B. durch den Träger Amyna) zum Thema „Sicheres Ausgehen", die auch über K.o.-Tropfen aufklären, mit einbezogen werden sollten.
Auch die Einbindung der Informationskampagne in das „Münchner Programm zur Prävention des Missbrauchs von Alkohol und anderen Suchtmitteln bei Kindern und Jugendlichen" ist aufgrund der vergleichbaren Inhalte und thematischen Nähe zielführend und sinnvoll.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass eine Informationskampagne zum Thema K.o.-Tropfen für wichtig und notwendig erachtet wird. Daher möchte das Referat für Bildung und Sport gerne in den Bereichen der Suchtprävention und der Prävention sexualisierter Gewalt erfahrenen Akteurinnen und Akteure zu einem Runden Tisch einladen, um die pädagogischen Inhalte und die strategische Vorgehensweise abzustimmen und ein entsprechendes Konzept zu erarbeiten und umzusetzen.

Nach den zusammengetragenen Informationen ist die Einbindung folgender Institutionen und Einrichtungen aus Sicht des Referat für Bildung und Sport erforderlich:
- Sozialreferat/Stadtjugendamt (Zusammenarbeit ist bereits im Antrag formuliert)
- Referat für Gesundheit und Umwelt
- Gleichstellungsstelle
- Präventionskommissariat K 314
- StadtschülerInnenvertretung
- Initiative für Münchener Mädchen (IMMA e.V.)
- Frauennotruf München
- Amyna e.V. - Projekt zur Prävention von sexuellem Missbrauch
- schulpsychologischer Dienst der Stadt München/Krisenintervention
- Fachabteilungen F1, F2, F3 und F4/RBS

Ein Termin wird voraussichtlich für Spätherbst 2012 anberaumt werden.
Wir gehen davon aus, dass Einverständnis mit der vorgeschlagenen Vorgehensweise besteht und die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Die Rathausmehrheit aus SPD und Grüne schwächt die Seniorenvertretung
Anfrage Stadtrat Dr. Reinhold Babor (CSU) vom 6.9.2012

Antwort Sozialreferentin Brigitte Meier:

In Ihrer Anfrage vom 06.09.20012 führen Sie Folgendes aus:

„Die Vollversammlung vom 25.07.2012 hat auf Antrag der SPD-Fraktion gegen die Stellungnahme des Seniorenbeirats beschlossen, in Zukunft in den Stadtbezirken nicht mehr je angefangene 1.500 Wahlberechtigte über 60 Jahre einen Seniorenvertreter oder eine Seniorenvertreterin zu wählen, sondern erst ab 2.000 Wahlberechtigte über 60 Jahre. Das bedeutet, dass die ca. 213 Seniorenvertreter aus allen 25 Stadtbezirken reduziert werden. Die Vertretung der über 325.000 älteren Menschen in unserer Stadt wird geschwächt und nicht gestärkt, was bedauerlich ist.

Zur Zeit haben 19 Stadtbezirke von 3 bis 10 Vertreter, der Rest liegt darüber. Da eine Vielzahl von Stadtbezirken jetzt weniger Seniorenvertreter haben werden, ist nach der Veränderung zu fragen:

Um wie viel verringert sich die Zahl der zu wählenden Seniorenvertreter bzw. Seniorenvertreterinnen in den einzelnen Stadtbezirken nach der neuen ‚2000er Regelung'?"

Zu Ihrer Anfrage vom 06.09.2012 nimmt das Sozialreferat im Auftrag des Herrn Oberbürgermeisters im Einzelnen wie folgt Stellung:

Auf Grund der Bevölkerungszahl der über 60-Jährigen Münchnerinnen und Münchner ergaben sich bei der letzten Wahl der Seniorenvertretung im Jahr 2009 bei einem Schlüssel für je 1.500 Wahlberechtigte 221 Delegiertenplätze. Der kleinste Stadtbezirk erhielt drei Delegiertenplätze und der größte 18.

Für die Seniorenbeiratswahl 2013 können die Zahlen noch nicht festgelegt werden, da der 19.09.2012 als Stichtag für die Bevölkerungszahl, sechs Monate vor dem festgelegten Wahltermin am 19.03.2013, für die Bemessung der Seniorenvertretungsplätze zugrunde liegt. Es kann aber davon ausgegangen werden, dass geschätzt vorab ca. 50 Seniorenvertreter-

innen und Seniorenvertreter weniger mit der neuen „2000er Regelung“ zu wählen sein werden. Die kleinsten Stadtbezirke werden demnach drei Plätze umfassen und die größten Stadtbezirke voraussichtlich bis zu 13.

Allen Mitgliedern des Seniorenbeirats ist bekannt, dass die Zahlen für die Seniorenvertretungsplätze dem Seniorenbeirat und der Öffentlichkeit bekannt gegeben werden, sobald sie Anfang Oktober 2012 vorliegen. Ferner können alle interessierten Bürgerinnen und Bürger unter den Nummern 2 33-4 81 94 und 2 33-4 81 95 des Beratungstelefons für die Seniorenvertretungswahl und bei der Geschäftsstelle des Seniorenbeirats die Zahl der Seniorenvertretungsplätze der Stadtbezirke ab Anfang Oktober 2012 erfahren.

München ergreift die Initiative für die Unterzeichnung der UN-Konvention gegen Korruption
Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 17.8.2012

Antwort Oberbürgermeister Christian Ude:

Am 17.08.2012 haben Sie folgenden Antrag gestellt:

„1. Der Stadtrat möge beschließen: Der Oberbürgermeister wirbt im Rahmen des Deutschen Städtetages für eine Aufforderung an den Bundestag, endlich die Unterzeichnung der UN-Konvention durch die Bundesrepublik Deutschland zu beschließen.
2. Dem Stadtrat werden Verlauf und Erfolg der Initiative des OB dargestellt."

Nach § 60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist. Der Inhalt des Antrages betrifft jedoch eine laufende Angelegenheit, deren Besorgung nach Art. 37 Abs. 1 GO und § 22 GeschO dem Oberbürgermeister obliegt. Eine beschlussmäßige Behandlung der Angelegenheit im Stadtrat ist daher rechtlich nicht möglich.

Zu Ihrem Antrag vom 17.08.2012 teile ich Ihnen aber Folgendes mit:

Eine Werbung für die Unterzeichnung der UN-Konvention gegen Korruption durch die Bundesrepublik Deutschland erscheint wenig sinnvoll, da die entsprechende Unterzeichnung bereits am 09.12.2003 erfolgte.

Übergriffe gegen Polizisten – Situation in München
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 8.8.2012

Antwort Kreisverwaltungsreferent Dr. Wilfried Blume-Beyerle:

Ihre Anfrage vom 08.08.2012 wurde im Auftrag von Herrn Oberbürgermeister Ude in Federführung dem Kreisverwaltungsreferat zur Beantwortung zugeleitet.

Ihrer Anfrage schicken Sie folgenden Sachverhalt voraus:

„Schon seit geraumer Zeit registrieren die Innenminister der Länder und *des Bundes mehr Gewaltakte gegen Polizisten. Gestern nun stellte der bayerische Innenminister anlässlich der Vorstellung eines Landeslagebildes ‚Gewalt gegen Polizeibeamte 2011' fest: ‚Der Respekt vor der Polizei schwindet' – die Zahl der Gewaltakte gegen Beamte sei im Vergleich zu 2010 um stattliche zehn Prozent auf 6909 Fälle gestiegen. Fast jeder dritte Polizeibeamte sei betroffen gewesen (Details: http://www.stmi.bayern.de/melin/1344328173725/praesentation.pdf).*

Der diesbezüglichen Präsentation des Innenministeriums ist zu entnehmen, dass sich die Häufigkeitszahl an Straftaten gegen Polizeibeamte je 100.000 Einwohner im Bereich der LHM im oberen Bereich bewegt, allerdings unterhalb der Werte etwa für Würzburg, Augsburg oder Straubing. Leider enthält der aktuelle ‚Sicherheitsreport 2011' der Münchner Polizei keine Angaben über die Situation in der LHM. Hier sind Nachfragen naheliegend (zu deren Beantwortung, obschon es sich um eine Angelegenheit in der Zuständigkeit der Münchner Polizei handelt, das KVR sicher ohne unzumutbaren Aufwand beitragen kann)."

Zu den im Einzelnen gestellten Fragen teilen wir Ihnen Folgendes mit:

Frage 1:
Wie viele Fälle von Gewaltakten gegen Polizeibeamte wurden 2011 in der LHM registriert?

Frage 2:
Wie entwickelte sich die Lage gegenüber dem Vorjahr?

Frage 3:
Welche Fallzahlen liegen für die Jahre 2005 bis 2009 vor?

Frage 4:
im Landesdurchschnitt nahmen die Fälle von verletzten Polizeibeamte um 17,1% gegenüber dem Vorjahr zu – wie entwickelte sich die Situation in München?

Antwort des Kreisverwaltungsreferates zu den Fragen 1 bis 4:
Die von Ihnen gestellten Fragen betreffen ausschließlich Angelegenheiten, die in den Zuständigkeitsbereich des Polizeipräsidiums München fallen. Mangels eigener Zuständigkeit des Kreisverwaltungsreferates kann eine Beantwortung Ihrer Fragen nur durch das Polizeipräsidium München vorgenommen werden.

Geschändetes Kriegerdenkmal in der Forstenrieder Allee
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 7.8.2012

Antwort Kreisverwaltungsreferent Dr. Wilfried Blume-Beyerle:

Ihre Anfrage vom 07.08.2012 wurde im Auftrag von Herrn Oberbürgermeister Ude in Federführung dem Kreisverwaltungsreferat zur Beantwortung zugeleitet.

Ihrer Anfrage schicken Sie folgenden Sachverhalt voraus:

„Nach Berichten der Lokalpresse wurde in den letzten Julitagen das Kriegerdenkmal an der Forstenrieder Allee, auf dem die Namen von 140 im Ersten und Zweiten Weltkrieg Gefallenen verzeichnet sind, von Unbekannten geschändet. Das Denkmal war erst vor wenigen Wochen aufwendig saniert worden. Bei dem Anschlag Ende Juli wurde der knienden Soldatenfigur der Kopf abgeschlagen. Es wurde Anzeige gegen Unbekannt erstattet.

Fragen drängen sich auf (deren Beantwortung zwar in den Zuständigkeitsbereich der Münchner Polizei fällt; von dorther Auskünfte einzuholen, müsste für das KVR aber unschwer möglich sein).“

Zu den im Einzelnen gestellten Fragen teilen wir Ihnen Folgendes mit:

Frage 1:
Inwiefern kann die Münchner Polizei einen Zusammenhang mit zahlreichen Farbanschlägen und Sachbeschädigungen erkennen, die in den letzten Monaten von Linksextremen im gesamten Stadtgebiet verübt wurden (u.a. auf das Münchner Kreiswehrersatzamt, den Fuhrpark der Polizeiwache am Prinzregentenplatz, ein Fahrzeug der Bundeswehr auf dem Südbahnhof)?

Frage 2:
In welchem Umfang waren weitere Soldaten- und Gefallenen-Ehrenmale in den letzten Jahren (seit 2005) Ziel gezielter Schändungen?

Antwort des Kreisverwaltungsreferates zu den Fragen 1 bis 2:
Die von Ihnen gestellten Fragen betreffen ausschließlich Angelegenheiten, die in den Zuständigkeitsbereich des Polizeipräsidiums München fallen. Mangels eigener Zuständigkeit des Kreisverwaltungsreferates kann eine

Beantwortung Ihrer Fragen nur durch das Polizeipräsidium München vorgenommen werden.

Frage 3:
Wie ist die Wieder-Instandsetzung durch das Baureferat grundsätzlich geregelt – gibt es zeitliche Limits und bestimmte Kosten-Obergrenzen?

Antwort des Baureferates zu der Frage 3:
„Bei Beschädigungen an Denkmälern, Brunnen, Kunst- oder anderen Objekten des Baureferates, erfolgen notwendige Reparaturen so schnell wie möglich und zwar unter Berücksichtigung aller fachlichen Aspekte, öffentlich-rechtlicher Vorgaben und dem Gebot der Wirtschaftlichkeit."

**Das Ende des Regenbogens befördern –
kein „Pink Christmas"-Weihnachtsmarkt 2012!**
Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 16.7.2012

Antwort Kreisverwaltungsreferent Dr. Wilfried Blume-Beyerle:

Nach § 60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist. Der Inhalt Ihres Antrages betrifft jedoch mit der Genehmigung eines Weihnachtsmarktes eine laufende Angelegenheit, deren Besorgung nach Art. 37 Abs. 1 GO und § 22 GeschO dem Oberbürgermeister obliegt, weshalb eine beschlussmäßige Behandlung im Stadtrat rechtlich nicht möglich ist.

Inhaltlich teile ich Ihnen mit, dass das Kreisverwaltungsreferat keinen Anhaltspunkt sieht, die seit Jahren stattfindende Veranstaltung „Pink Christmas" nicht zu genehmigen.

Um Kenntnisnahme von den vorstehenden Ausführungen wird gebeten. Wir gehen davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Wohnungssituation 2010 und 2011: Zentrale Fragen
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 29.8.2012

Antwort Referat für Stadtplanung und Bauordnung:

Mit Schreiben vom 29.08.2012 haben Sie gemäß § 68 GeschO folgende Anfrage an Herrn Oberbürgermeister gestellt, die vom Referat für Stadtplanung und Bauordnung wie folgt beantwortet wird. Um Terminverlängerung wurde ersucht.

In Ihrer Anfrage führen Sie Folgendes aus:
„Der aktuelle ‚Bericht zur Wohnungssituation' des Referats für Stadtplanung und Bauordnung erschien im August 2010 für die Jahre 2008 und 2009. Er weist unter Kapitel 6.2, Vormerkungen für und Vergabe von Sozialwohnungen folgende Angaben auf: Ausländer belegten 2008 41,9% der Münchner Sozialwohnungen, 2009 waren es 39,5%. Zugleich waren ausländische Wohnungssuchende für 49,7% der Münchner Sozialwohnungen vorgemerkt (2008), 2009 waren es sogar über die Hälfte, nämlich 50,1%. – Es ergeben sich Fragen."

Vorbemerkung:
Die Angaben in dieser Tabelle beziehen sich auf die Sozialwohnungen, die vom Sozialreferat, Amt für Wohnen und Migration vergeben werden bzw. für die Vormerkungen vorliegen. Die Vormerkungen beziehen sich auf Haushalte, die in unterschiedlicher Dringlichkeit einer öffentlich geförderten Wohnung bedürfen.
Für die Einteilung in deutsche und ausländische Haushalte wird die Staatsangehörigkeit des Haushaltsvorstandes (Antragstellerin oder Antragsteller) herangezogen.

Frage 1:
Welche Prozentanteile an Münchner Wohnungen wurden
- *in den Jahren 2010 und 2011 von „ausländischen Haushalten" belegt?*
- *in den Jahren 2010 und 2011 für ausländische Wohnungssuchende vorgemerkt?*

Antwort:
Belegung: 2010: 44,0%, 2011: 45,0%
Vormerkungen: 2010: 50,2%, 2011: 51,0%

Frage 2:
Wann ist mit der Vorlage des neuen Wohnungssituationsberichts zu rechnen?

Antwort:
Der Bericht soll dem Stadtrat im Jahr 2012 bekannt gegeben werden.

Bombenschäden in Schwabing – die Rechnung geht an Uncle Sam
Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 31.8.2012

Antwort Kreisverwaltungsreferent Dr. Wilfried Blume-Beyerle:

Mit Schreiben vom 31.08.2012 beantragten Sie, die Stadt München solle für die durch die Bombenexplosion in Schwabing am 28.08.2012 entstandenen Schäden die Vereinigten Staaten von Amerika haftbar machen und erforderlichenfalls eine Schadensersatzklage anstrengen.

Die Haftung für Kriegsfolgen aus dem 2. Weltkrieg ist völkerrechtlich abschließend geregelt. Eine Beschlussfassung durch den Stadtrat ist insofern nicht angezeigt.

Ich erlaube mir daher, Ihren Antrag in Abstimmung mit dem Oberbürgermeister auf dem Schriftwege wie folgt zu beantworten:

Das Kreisverwaltungsreferat der Landeshauptstadt München hat mit Schreiben vom 06.09.2012 das Auswärtige Amt um Stellungnahme gebeten. In seiner Antwort hat das Auswärtige Amt dargelegt, dass nach dem Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland vom 12. September 1990 (BGBl. 1990 II S. 1318 ff. – „Zwei-plus-Vier-Vertrag") die Reparationsfrage nicht mehr geregelt werden sollte. Reparationsansprüche der Bundesrepublik Deutschland aufgrund des zweiten Weltkrieges wurden und werden daher nicht gestellt.

Mit dem VN-Waffenübereinkommen vom 10. Oktober 1980 in Artikel 3 Absatz 1 des Protokolls V vom 28. November 2003 über explosive Kampfmittelrückstände, welches sowohl von Deutschland als auch von den USA ratifiziert wurde, gilt darüber hinaus die grundsätzliche Regel, dass jede Vertragspartei und jede an einem bewaffneten Konflikt beteiligte Partei entsprechend diesem Artikel die Verantwortung für alle explosiven Kampfmittelrückstände im Gebiet unter ihrer Kontrolle trägt.
Danach trägt Deutschland völkerrechtlich die Verantwortung für alle explosiven Kampfmittelrückstände aus dem zweiten Weltkrieg in deutschem Hoheitsgebiet einschließlich seiner inneren Gewässer.

Damit ist die geforderte Schadenersatzklage völkerrechtlich ausgeschlossen.
Von den vorstehenden Ausführungen bitte ich Kenntnis zu nehmen. Ich gehe davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

„Sichere Intelligente Mobilität“ SIMTD – interessant für München?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 9.8.2012

Antwort Kreisverwaltungsreferat:

Herr Oberbürgermeister Ude hat uns Ihre Anfrage vom 09.08.2012 zur Beantwortung überlassen.

Inhaltlich teilten Sie folgendes mit:

„Im Großraum Frankfurt wird gegenwärtig im Rahmen des Projekts SIMTD (‚Sichere Intelligente Mobilität – Testfeld Deutschland') die automatisierte drahtlose Kommunikation von Fahrzeugen getestet (‚Car-to-X-Kommunikation'). An dem Flottenversuch sind 120 Fahrzeuge beteiligt. Die Laufzeit des Projekts beträgt 48 Monate. Involviert ist neben mehreren Autoherstellern und Forschungseinrichtungen auch die TU München. Das Projekt, das im Jahr 2008 gestartet wurde, gilt als eines der zukunftsweisendsten und ambitioniertesten Forschungsvorhaben im Bereich der ‚intelligenten' Verkehrsführung. Hier stellen sich Fragen.“

Zu Ihren Fragen kann Ihnen das Kreisverwaltungsreferat in Abstimmung mit dem Referat für Arbeit und Wirtschaft folgendes mitteilen:

Frage 1:
In welcher Weise sind, soweit bekannt, die LHM oder Münchener Forschungseinrichtungen in das Projekt SIMTD eingebunden?

Antwort des Kreisverwaltungsreferates:
Die Landeshauptstadt München ist kein Partner des Projektes SIMTD.

Soweit aus dem Internetauftritt des Projektes SIMTD ersichtlich, ist die Technische Universität München, Lehrstuhl für Verkehrstechnik die einzige in München ansässige, beteiligte Forschungseinrichtung.

Frage 2:
In welcher Weise hat das Referat für Arbeit und Wirtschaft vom Projekt SIMTD Kenntnis genommen? Inwieweit gibt es ggf. bereits Erkenntnisse und Überlegungen über künftige Nutzanwendungen und/oder Folgeprojekte in München?

Antwort des Referates für Arbeit und Wirtschaft und des Kreisverwaltungsreferates:
Das Referat für Arbeit und Wirtschaft übermittelte hierzu folgende Stellungnahme:

„Dem Referat für Arbeit und Wirtschaft ist das Projekt ‚Sichere Intelligente Mobilität (SIMTD)' aus einer Sitzung des Forums ‚Verkehrsmanagement' der Inzell-Initiative im Jahr 2009 bekannt. Das Projekt klärt technische Fragestellungen der Verkehrssteuerung. In der LH München ist das KVR für den Bereich ‚Verkehrssteuerung' zuständig. Es darf daher auf die Ausführungen des KVR, das diese Anfrage federführend beantwortet, verwiesen werden."

Nach den dem Kreisverwaltungsreferat vorliegenden Informationen soll das Projekt SIMTD erst im Jahre 2013 abgeschlossen werden. Erst dann werden belastbare Ergebnisse vorliegen, die weiter diskutiert werden können.

Frage 3:
Wenn nicht, warum nicht?

Antwort des Kreisverwaltungsreferates:
Projekt und Testfeld finden im Bundesland Hessen in Verbindung mit der Stadt Frankfurt am Main statt, daher kann eine Projektbeteiligung der Landeshauptstadt München nicht erfolgen.

**2500 Fliegerbomben im Münchner Untergrund –
müssen wir damit leben?**
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 6.9.2012

Antwort Joachim Lorenz, Referent für Gesundheit und Umwelt:

Ihrer Anfrage liegt folgender Sachverhalt zu Grunde:

Bei Bauarbeiten in der Feilitzschstraße wurde vor kurzem eine Fliegerbombe aus dem zweiten Weltkrieg gefunden und zur Sprengung gebracht. Die Tagespresse zitierte in diesem Zusammenhang Schätzungen, die von ca. 2.500 noch nicht entdeckten/entschärften Blindgängern im Stadtgebiet ausgehen. Ihre Fragen beschäftigen sich primär mit Recherche und Dokumentation dieser „Kriegslasten" durch die Münchner Stadtverwaltung.

Herr Oberbürgermeister Ude hat mir Ihre Anfrage zur Beantwortung zugeleitet. Die darin aufgeworfenen Fragen beantworte wie folgt:

Frage 1:
Inwieweit wurde das Münchner Stadtgebiet jemals systematisch nach Bomben-Blindgängern abgesucht, ggf auch mit Sonden zur Bodenuntersuchung und Metallerkennung? Welche technischen Möglichkeiten sind bekannt, heute auch auf bebautem Grund mithilfe fortgeschrittener Sonden, Aufklärungssatelliten etc. Bomben-Blindgänger zu erkennen?

Antwort:
Diese Aufgabe fällt nicht in den Zuständigkeitsbereich der Landeshauptstadt München. Bitte wenden Sie sich diesbezüglich ggf. direkt an das Bayerische Staatsministerium des Inneren.

Frage 2:
In welchem Umfang sind ggf. erkannte Bomben-Blindgänger auf Münchner Stadtgebiet kartographiert, aber noch nicht beseitigt?

Antwort:
Diese Aufgabe fällt nicht in den Zuständigkeitsbereich der Landeshauptstadt München. Bitte wenden Sie sich diesbezüglich ggf. direkt an das Bayerische Staatsministerium des Inneren.

Frage 3:
Inwieweit könnten bei der systematischen Untersuchung des Münchner Stadtgeländes auf noch vorhandene Blindgänger alliierte Luftbildaufnahmen hilfreich sein, mit denen während des Krieges Einsätze dokumentiert wurden? Inwieweit wurden vom Kommunalreferat oder anderen Münchner Behörden in der Vergangenheit Versuche unternommen, Zugang zu solchen Luftbildaufnahmen zu erhalten?

Antwort:
Diese Aufgabe fällt nicht in den Zuständigkeitsbereich der Landeshauptstadt München. Bitte wenden Sie sich diesbezüglich ggf. direkt an das Bayerische Staatsministerium des Inneren.

Frage 4:
Schätzungsweise welcher Anteil der Fläche Münchens wurde im Zuge von Bebauung und Baulanderschließung seit 1945 auf Blindgänger hin untersucht?

Antwort:
Anzahl und Größe der seit 1945 untersuchten Flächen sind nicht bekannt.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Montag, 8. Oktober 2012

Toiletten für Besucher des Ostparks bis Frühjahr 2014
Antrag Stadtrats-Mitglieder Beatrix Burkhardt, Hans Podiuk, Josef Schmid und Otto Seidl (CSU)

Münchens unendliche Geschichte Nr. x – Toiletten in öffentlichen Parks – und ein innovativer Lösungsansatz:
Antrag Stadtrat Dr. Georg Kronawitter (CSU)

Neue Rolltreppen – und schon wieder kaputt?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Dr. Florian Roth; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Richard Progl; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

Fraktion im
MÜNCHNER STADTRAT

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Stadtrat Josef Schmid
Stadtrat Hans Podiuk
Stadträtin Beatrix Burkhardt
Stadtrat Otto Seidl

ANTRAG
08.10.12

Toiletten für Besucher des Ostparks bis Frühjahr 2014

Für die Besucherinnen und Besucher des Ostparks wird bis Frühjahr 2014 an geeigneter Stelle eine öffentliche Toilettenanlage eingerichtet.

Begründung:
Der Ostpark ist für ca. 200.000 Anwohner der große Garten mit Spiel- und Freizeitangeboten. Er wird das ganze Jahr über – auch im Winter und bei ungünstiger Witterung – intensiv genutzt. Gerade die vielfachen Sportmöglichkeiten (Rodeln, Langlauf, Joggen, Fußball usw.) locken Jung und Alt.

Die einzige öffentliche Toilette im Ostpark befindet sich beim Biergarten des Restaurants „Michaeligarten“. Diese vom Baureferat errichtete Toilettenanlage ist dem Betreiber des Biergartens „übergeben“ worden und wird von ihm in eigener Regie geführt. Bisher ist diese Toilettenanlage nur in den Sommermonaten geöffnet.
Auch wenn diese nun für eine ganzjährige Öffnung umgerüstet werden soll, kann der Bedarf dadurch nicht gedeckt werden. Denn gerade in den Sommermonaten ist die Nachfrage besonders groß und kann durch den einen Standort am „Michaeligarten“ bei weitem nicht erfüllt werden. Deshalb ist es dringend notwendig, dass an geeigneter Stelle im Ostpark eine zusätzliche öffentliche Toilettenanlage errichtet wird. Wasser- und Stromanschluss sind bereits vorhanden. Der Abwasserkanal könnte in den Frischwasserzuleitungskanal mit aufgenommen werden. Diese Kosten dafür sind – obwohl dem BA 16 im Juli 2011 ein Kostenvoranschlag versprochen wurde – niemals geprüft worden.

gez.
Josef Schmid, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender

gez.
Hans Podiuk, Stadtrat
stv. Fraktionsvorsitzender

gez.
Beatrix Burkhardt
Stadträtin

gez.
Otto Seidl,
Stadtrat

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München
Tel. 233-92650, Fax: 291 37 65, csu-fraktion@muenchen.de, www.csu-rathaus-muenchen.de

Fraktion im
MÜNCHNER STADTRAT

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Stadtrat Dr. Georg Kronawitter

ANTRAG
08.10.12

Münchens unendliche Geschichte Nr. x – Toiletten in öffentlichen Parks – und ein innovativer Lösungsansatz:

Der Stadtrat möge beschließen:

Dem Stadtrat werden Lösungsvorschläge für das Problem vorgelegt, wirtschaftliche und ästhetisch befriedigende Toilettenmöglichkeiten in Öffentlichen Parks zu schaffen.

Hierbei sind die einschlägigen Kompetenzen der Münchner Hochschulen ebenso heranzuziehen wie der Erfahrungsschatz von Mobiltoilettenbetreibern.

Aber auch das aus der Space-Architektur hergeleitete „Toilettenhäuserl“ 006 EcoUnit /1/ des Architekten- und Designer-Teams Andreas Vogler (München) und Arturo Vittori (Bomarzo) sollte als Lösungsansatz herangezogen werden.

Begründung:
Über das öffentliche Toiletten-Elend in München muss man hier keine weiteren Worte verlieren. Ein nicht unwichtiges Teilproblem sind die fehlenden Toilettenanlagen in Münchner Parks.

Im Fall des Riemer Parks hat das Baureferat Gartenbau schon vor Jahren pragmatisch reagiert und Mobil-Toiletten an strategisch wichtigen Punkten um den Badesee aufstellen lassen.

Das ist aber keine Dauerlösung – vor allem nicht in einem preisgekrönten Park, wo kein Grashalm ohne Zustimmung des Planers wachsen darf.

Man hat bislang nicht den Eindruck, dass sich die Stadt dieser Aufgabe mit großer Kreativität widmet, Kultivierung der Hilflosigkeit ist eher angesagt.

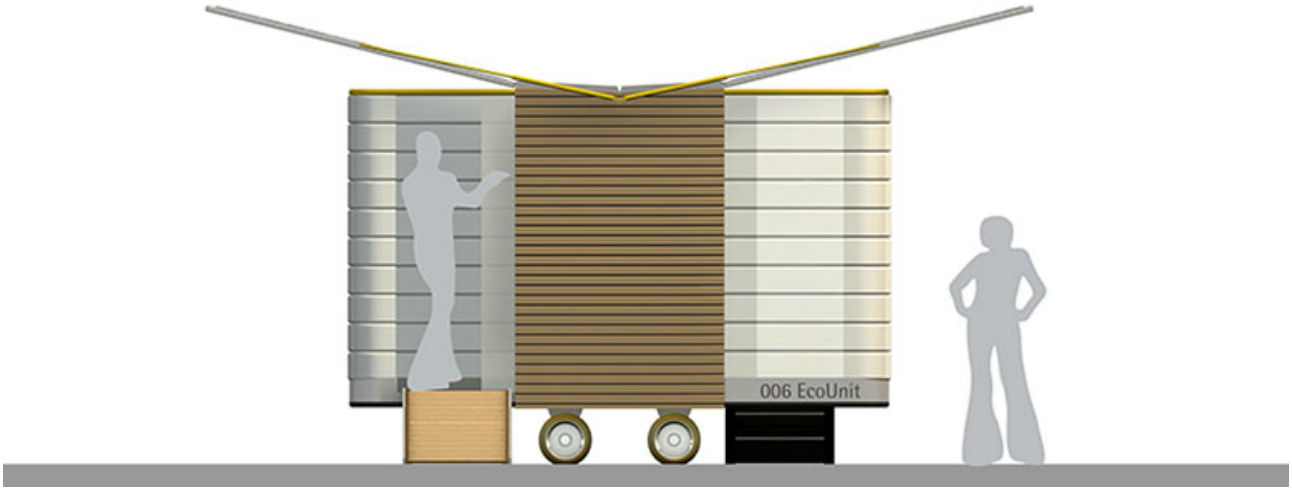
Ein Messestädter Aktivbürger hat dankenswerter Weise auf das nicht nur gestalterisch, sondern auch ökologisch überzeugende Konzept der 006 EcoUnit /1/ aufmerksam gemacht.

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München
Tel. 233-92650, Fax: 291 37 65, csu-fraktion@muenchen.de, www.csu-rathaus-muenchen.de

Nachdem das berühmte Haus der Gegenwart in der Messestadt auf Druck von OB Ude plattgemacht wurde, wäre es nicht verkehrt, gerade an dieser Stelle Design und Praktikabilität in mutiger Weise zu fördern.

Quelle

/1/ http://www.architectureandvision.com/av/006.html



gez.
Dr. Georg Kronawitter, Stadtrat

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München
Tel. 233-92650, Fax: 291 37 65, csu-fraktion@muenchen.de, www.csu-rathaus-muenchen.de

BIA
inländerfreundlich

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Anfrage
08.10.2012

Neue Rolltreppen – und schon wieder kaputt?

Im Zuge umfangreicher Renovierungs- und Erneuerungsarbeiten, die zum Teil noch im Gange sind, wurden in den letzten Monaten in den U- und S-Bahnhöfen Marienplatz und Isartor auch die Rolltreppenanlagen einer Überholung unterzogen. Während Optik und Design der überholten Rolltreppenanlagen durchaus gewonnen haben, hapert es leider mit der Funktionalität: dem Benutzer drängt sich zumindest der subjektive Eindruck auf, daß unverhältnismäßig viele der überholten Rolltreppenanlagen schon wieder defekt sind und stillstehen. Dies gibt Anlaß zu Fragen.

Ich frage den Oberbürgermeister:

1. Wurden die Rolltreppenanlagen an den U- und S-Bahnhöfen Marienplatz und Isartor im Zuge der Renovierungsarbeiten nur technisch überholt oder gegen neue Anlagen ausgetauscht?

2. Inwieweit bewegen sich die Ausfälle der erneuerten Anlagen – nach Kenntnis der MVG – im Rahmen des üblichen Maßes?

3. Wo liegen, soweit erkennbar, die Ursachen der vermehrten Ausfälle?

4. Wie ist künftig besser Abhilfe zu schaffen und für einen störungsärmeren Betrieb der „neuen“ Rolltreppenanlagen zu sorgen?

5. Warum wurden die beiden am Bahnhof Isartor zum S-Bahnsteig hinunterführenden Rolltreppenanlagen am unteren Ende mit verglasten und abschließbaren Türkonstruktionen versehen (die sich für den Fußgänger-Verkehrsfluß als ausgesprochen hinderlich erweisen)?

Karl Richter
Stadtrat